

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Keine Rundfunkgebühren auf Internet-PC und Handys

Zum 1. Januar 2007 läuft die Karenzzeit der Gebührenbefreiung für internetfähige PC und Handys aus. Dadurch gibt es eine öffentliche Diskussion über diese inzwischen als „Internetsteuer“ bezeichnete Gebühr. Die in Kürze geltenden Regelungen bedeuten eine praxisuntaugliche an Geräten orientierte Rundfunkgebühr.

Vor dem Hintergrund des Zusammenwachsens der Medien ist es sinnvoll, zukünftig nur noch eine Mediengebühr pro Haushalt festzulegen, unabhängig vom jeweiligen Gerät. Hinzu kommt die Tatsache, dass die öffentlich-rechtlichen Sender nur einen sehr kleinen Teil ihres TV-Programms überhaupt zur Übertragung im Internet anbieten.

Auch das Land Bremen muss ein Interesse daran haben, sich für eine zeitgemäße Mediengebühren-Lösung einzusetzen, die auch künftig die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Rahmen des verfassungsgemäßen Auftrags sichert.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- sich in der Rundfunkkommission der Länder für ein vorläufiges Aussetzen der für den 1. Januar 2007 geplanten Rundfunkgebühr für internetfähige PC und Handys einzusetzen, dazu soll das entsprechende Moratorium im Rundfunkgebührenstaatsvertrag über den 31. Dezember 2006 hinaus verlängert werden,
- die Zeit zu nutzen, eine technisch zeitgemäße Mediengebühr pro Haushalt und Betriebsstätte statt einer gerätebasierenden Rundfunkgebühr zu entwickeln, und diese in einem der nächsten Rundfunkstaatsverträge zu verankern.

Anja Stahmann, Jan Köhler,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen